



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

wirtschaftsausschuss@bundestag.de

Stiftsstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2100  
poststelle@mwvlw.rlp.de  
www.mwvlw.rlp.de

Mein Geschäftszeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax	4. März 2020
421-0005#2019/0002- 0801 8404.0011 Referat: 8404 Bitte immer angeben!	PA 9/002 26.02.2020	Andreas Tschauder Andreas.Tschauder@mwvlw.rlp.de	06131 16-2760 06131 16-172760	

## BR-Drs. 13/20 Geologiedatengesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Gesetz zur amtlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung, öffentlichen Bereitstellung und Zurverfügungstellung geologischer Daten (Geologiedatengesetz – GeolDG)“ – BT-Drucksache 19/17285 – beschlossen. Hierzu wurde der Bearbeiter vom Ausschuss als Sachverständiger mit Schreiben vom 26. Februar 2020 geladen und um eine grundsätzliche schriftliche Stellungnahme zum Anhörungsgegenstand gebeten.

### Stellungnahme

#### 1. Vorbemerkungen

Mit dem Entwurf des GeolDG (GeolDG-E) soll das aus den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts stammende Lagerstättengesetz und der darauf fußenden Ausführungsverordnung ersetzt werden. Das GeolDG-E zielt auf die Gewährleistung eines nachhaltigen Umgangs mit dem geologischen Untergrund und die Erkenn- und Bewertbarkeit von Geogefahren.



Mit den Regelungen der Übermittlung geologischer Daten an die staatlichen geologischen Dienste sollen die notwendigen Planungsgrundlagen zur Umsetzung vielfältiger staatlicher Aufgaben gewährleistet werden. Untergrunddaten sollen dauerhaft gesichert und auch allgemein zur Verfügung stehen. Auf diese Weise sollen sämtliche Nutzungsmöglichkeiten oder Geogefahren erforscht, entwickelt und gegeneinander abgewogen werden können.

In diesem Zusammenhang soll auch die erforderliche Transparenz bei der Suche nach einem Standort für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle durch die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten sichergestellt werden.

## 2. Problemschwerpunkte

Bereits im Rahmen der Beratungen im Bundesrat wurde auf Probleme des Gesetzentwurfes hingewiesen und verdeutlicht, dass zur fristgerechten Umsetzung des Standortauswahlgesetzes die Rechtssicherheit bei dem Umgang mit geologischen Daten, die vor allem durch Bergbauunternehmen oder andere Private auf eigene Rechnung erhoben wurden, gewährleistet werden muss.

Eines der wesentlichen und zugleich neuen Elemente des Gesetzentwurfes ist die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten innerhalb fester Fristen. Grundlage für die öffentliche Bereitstellung von Geodaten ist die neu eingeführte Kategorisierung in Nachweisdaten, Fachdaten und Bewertungsdaten, die gemäß § 17 Abs. 3 GeoIDG-E letztlich von der zuständigen Behörde in einem Verwaltungsakt festgesetzt wird. Die einschlägigen Regelungen des Bundes und der Länder zum Zugang zu Umweltinformationen und zur öffentlichen Bereitstellung von Geodaten sollen mit den vorliegenden Regelungen ergänzt werden.

Die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten stellt eine Einschränkung des nach Artikel 14 des Grundgesetzes geschützten Eigentums dar (eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb). Die Einschränkung des Eigentumsrechts muss den Voraussetzungen des Artikels 14 Abs. 3 Grundgesetz genügen. Behördliche Entscheidungen, die einen Eingriff in das Eigentum bewirken, müssen auch durch Gerichte überprüfbar sein.



#### a. Erforderlichkeit der Veröffentlichung von Geodaten

Die beiden in § 1 Abs. 1 Satz 1 GeolDG-E genannten Ziele des Gesetzes sind die Gewährleistung eines nachhaltigen Umgangs mit dem geologischen Untergrund und die Erkenn- und Bewertbarkeit von Geogefahren. Die zu veröffentlichenden Geodaten sollten diesem Anspruch gerecht werden.

Der Gesetzentwurf sieht gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 GeolDG-E keine Haftung für die Aktualität, Vollständigkeit und Richtigkeit der öffentlich bereitgestellten geologischen Daten vor. Daher muss vor der Veröffentlichung keine Prüfung der Daten durch Behörden oder Dritte vorgenommen werden. Damit bleibt für Dritte die Vertrauenswürdigkeit der Daten unklar.

#### Beispiel: Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme

Erdwärmesonden zu Heizzwecken von privaten Gebäuden stellen einen hohen Anteil der Bohrungen dar; in Rheinland-Pfalz sind von den über 800 Bohrungen, die jährlich niedergebracht werden, etwa 90 % Erdwärmesonden. Diese werden in der Regel von kleineren Bohrunternehmen im Auftrag durchgeführt. Ziel des privaten Auftraggebers der Bohrung ist es, Erdwärme für Heizzwecke aufzusuchen und zu gewinnen. Dabei soll die Bohrung kostengünstig und schnell niedergebracht werden. Eine umfassende geologische Untersuchung des Untergrundes ist in der Regel außerhalb wasserwirtschaftlich genutzter Gebiete sowie in hydrogeologisch unauffälligen Gebieten nicht erforderlich. Sie wird seitens der zuständigen Behörden daher nicht gesondert gefordert und damit auch nicht beauftragt. Vor Ort nimmt in der Praxis der Bohrmeister ohne tiefer gehende Untersuchungen des Bohrgutes die zu meldenden Geodaten auf. Der Bohrmeister verfügt regelmäßig nicht über die erforderliche Fachexpertise zur DIN-konformen Schichtenbeschreibung. So ist es verständlich, dass sich widersprechende von Bohrmeistern erhobene Geodaten aus benachbarten Bohrungen den geologischen Diensten übermittelt werden.

Im Ergebnis können diese relativ groben und mithin ungenauen Beschreibungen des Untergrundes nicht ohne weiteres genutzt werden. Erst im Falle einer bereits vorhandenen oder später niedergebrachten benachbarten Bohrung mit fachlich geprüften und damit nachvollziehbaren Daten kann ein Abgleich und damit eine

Interpretation der ungeprüften Bohrungen vorgenommen werden, der zwingende Voraussetzungen für eine weitere Verwendung der nicht geprüften Daten ist. Da diese weder gesetzlich gefordert, noch von den Behörden leistbar ist, können die Ergebnisse einer Vielzahl von Bohrungen durch die breite Öffentlichkeit nicht genutzt werden.

#### Zwischenfazit:

- Eine Vielzahl von erhobenen geologischen Daten ist auf Grund der fehlenden Vertrauenswürdigkeit fachlich fragwürdig oder zumindest nicht ohne weitere Informationen und Interpretation verwendbar. Für diese Bohrungen dürfte ein besonderes öffentliches Interesse an der Veröffentlichung durch die staatlichen geologischen Dienste nicht bestehen.

#### b. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Mit der im GeoIDG-E vorgesehenen öffentlichen Bereitstellung nichtstaatlicher Fachdaten sind u.a. Untersuchungsbohrungen zur Erkundung und zum Nachweis von oberflächennahen Rohstoffen betroffen, die im Grundeigentum privater Dritter stehen. Die Bohrungen sind zumeist nicht mehr als 100 Meter tief. Die mit diesen Bohrungen gewonnenen Geodaten können Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten; der Gesetzentwurf erkennt diesen Sachverhalt in der Begründung (S. 34ff.) an.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts werden unter Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen alle auf ein Unternehmen bezogene Tatsachen, Umstände und Vorgänge verstanden, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein berechtigtes Interesse hat. Betriebsgeheimnisse umfassen im Wesentlichen technisches Wissen im weitesten Sinne; Geschäftsgeheimnisse betreffen vornehmlich kaufmännisches Wissen. Zu derartigen Geheimnissen werden etwa Umsätze, Ertragslagen, Geschäftsbücher, Kundenlisten, Bezugsquellen, Konditionen, Marktstrategien, Unterlagen zur Kreditwürdigkeit, Kalkulationsunterlagen, Patentanmeldungen und sonstige Entwicklungs- und Forschungsprojekte gezählt, durch welche die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Betriebs maßgeblich bestimmt





werden können (BVerfG, Beschluss vom 14. März 2006 – 1 BvR 2087/03 –, BVerfGE 115, 205-259, Rn. 87).

Ausweislich der Begründung zu § 9 GeoIDG-E können Fachdaten als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu qualifizieren sein. Auf Grund der Begründung des Gesetzentwurfes (S. 34) geht der Gesetzgeber selbst davon aus, dass Nachweisdaten – abgesehen von personenbezogenen Daten – keine mit hohem Investitionsaufwand gewonnenen schützenswerte Inhalte beinhalten. Geologische Fachdaten, die im Zuge einer gewerblichen Tätigkeit gewonnen würden und daher hohe eigene Investitionen in die Untersuchung voraussetzten, stellten während der von diesem Gesetz zu Grunde gelegten Fristen schützenswerte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dar. In dieser Zeitspanne sei regelmäßig eine Anschlussinvestition in die mit der Untersuchung verfolgten Zwecke möglich.

Tatsächlich kann bei Fachdaten im Einzelfall auch nach Ablauf der Frist ein Interesse an der Nichtverbreitung bestehen, um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse aus Gründen des Schutzes gegen Konkurrenten im wirtschaftlichen Wettbewerb zu schützen. Das kann im Übrigen auch für Nachweisdaten gelten.

#### Beispiel: Erkundungsbohrung oberflächennaher Lagerstätten

Viele Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie sind darauf angewiesen, Rohstoffvorkommen aufzusuchen und umfangreiches Wissen über die Vorkommen zu erlangen, um flexibel Marktanforderungen der Zukunft bedienen zu können. Das ist dadurch begründet, dass Rohstoffe in gleicher Qualität nicht ubiquitär vorhanden sind. Typisch für Rohstoffbetriebe ist ferner, dass die Untersuchung von Rohstoffvorkommen, öffentlich-rechtliche Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren und der Aufschluss der Lagerstätten für einen regelmäßigen Abbau eine lange Zeitdauer in Anspruch nehmen und erhebliche Vorlaufinvestitionen bei gleichzeitig erst langfristig erzielbaren Rückflüssen erfordern. Der Zugang zu den ortsgebundenen, abbauwürdigen und qualitativ hochwertigen Lagerstätten bestimmt daher maßgeblich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit eines Rohstoffbetriebs.

Um den Zugang zu den Lagerstätten langfristig zu erhalten ist es für die jeweiligen Unternehmen in einem ersten Schritt erforderlich, dass entsprechende



in Frage kommende Interessenflächen als Vorrangflächen in den öffentlich-rechtlichen Regionalplänen ausgewiesen werden. Beispielsweise liegen dem staatlichen geologischen Dienst in Rheinland-Pfalz, welcher die Rohstofffachplanung durchführt, nur großflächige geologische Untersuchungen von Rohstoffvorkommen vor. Eine kleinräumige und detaillierte Bewertung eines Vorkommens als abbauwürdige Lagerstätte ist auf Grund dieser Datenlage nur in Einzelfällen möglich. Solche Einzelfälle sind beispielsweise geplante und bereits zugelassene oder genehmigte Vorhaben, Aufschlüsse durch Infrastrukturvorhaben oder eigene Untersuchungsbohrungen oder -schürfe. Nicht zuletzt deshalb werden von den entsprechend interessierten Unternehmen früh geologische Untersuchungen veranlasst, um das Vorhandensein einer nutzbaren Lagerstätte nachzuweisen und so Argumente für eine öffentlich-rechtliche Ausweisung als Vorrang- oder wenigstens Vorbehaltsfläche für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse den für die Fachplanungen zuständigen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Unternehmerische, kaufmännische oder markstrategische Gründe, wie Investitionsstrategien oder Änderungen der Bedürfnisse des Marktes, können Unternehmen veranlassen, ein Genehmigungsverfahren erst nach einer längeren Wartezeit durchzuführen. Auf diese Weise kann eine Zeitdauer von deutlich länger als die in § 27 Abs. 1 GeoIDG-E vorgesehenen 5 Jahre erreicht werden, bis ein entsprechendes Zulassungs- und Genehmigungsverfahren gestartet oder ein Ankauf vollzogen wird. Auch überschreiten raumordnerische Verfahren und konkrete Zulassungs- und Genehmigungsverfahren häufig eine Verfahrensdauer von 10 Jahren. In solchen Fällen kann eine Offenlegung dieser Fachdaten nach Ablauf der gesetzlichen Frist von 10 Jahren (§ 27 Abs. 2 GeoIDG-E) geeignet sein, exklusives kaufmännisches und technisches Wissen den Konkurrenten zugänglich zu machen, obschon noch ein unternehmerisches Interesse an einer Geheimhaltung besteht.

Die Erkundungsbohrungen dienen der Beantwortung bestimmter, durch die Unternehmen bei der Planung festgelegten Fragestellungen. Auf der Grundlage dieser Fragestellungen werden das Bohrverfahren und die geologischen Untersuchungsmethoden bestimmt. Die aus den Bohrungen gewonnenen



Fachdaten stellen für die Unternehmen einen zentralen Bestandteil des Wissens (Know-Hows) dar, weil bereits aus den Fachdaten Marktstrategien, Kalkulationen und Kostenberechnungen abgeleitet werden können. Da die Geodaten nur für die unternehmerischen relevanten Zwecke und mithin im Regelfall nicht vollumfänglich erfasst werden, lassen sich im öffentlichen Interesse stehende Fragestellungen nur teilweise beantworten.

Eine Sicherung der infrage kommenden Flurstücke durch einen Kauf kommt für die Unternehmen zu diesem Zeitpunkt in der Regel nicht in Betracht, da das Risiko, dass die entsprechenden Flächen künftig nicht für einen Abbau zur Verfügung stehen, die Kosten für den Kauf nicht rechtfertigen. Vor diesem Hintergrund haben die Unternehmen aus Wettbewerbsgründen ein hohes Interesse daran, dass die entsprechenden Bohr- und Untersuchungsergebnisse, die Rückschlüsse auf Konditionen und Marktstrategien zulassen, nicht veröffentlicht werden.

Es besteht im Einzelfall sogar ein Interesse an der Nichtverbreitung der Nachweisdaten, die gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 GeoIDG-E eine persönliche, örtliche und zeitliche Identifizierung der Untersuchungsbohrungen ermöglichen. Eine Offenlegung dieser Nachweisdaten kann geeignet sein, exklusives Wissen den Konkurrenten zugänglich zu machen. Denn auf Grund dieser Informationen kann ein Ankauf von Flächen durch Konkurrenten veranlasst werden, um den Zugang zu der Lagerstätte zu erschweren. Diese Informationen spielen auch bei der zu beobachtenden weiteren Konzentration von Abbauunternehmen im Rahmen der Unternehmensbewertung eine wesentliche Rolle und sind daher für die vielfach mittelständisch geprägte Branche im Hinblick auf den Wettbewerb von hoher Bedeutung.

#### Zwischenfazit:

- Bereits aus Nachweisdaten können im Einzelfall Rückschlüsse auf strategische Entscheidungen von Unternehmen gezogen werden.
- Bei Fachdaten kann ein Interesse an der Nichtverbreitung nach Ablauf der Fristen nach § 27 GeoIDG-E bestehen. Durch die starren Fristen wird die unternehmerische Freiheit, den Zeitpunkt einer Entscheidung über die

Schlussfolgerungen aus den Bohrungen selbst zu treffen, erheblich eingeschränkt.

- Hinzu kommt, dass einmal vorgenommene Veröffentlichungen von Daten nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Daher müssen die behördlichen Entscheidungen gerichtlich überprüfbar sein.
- Daten aus Rohstofferkundungsbohrungen können im öffentlichen Interesse stehende andere Fragestellungen nur teilweise beantworten und haben für die Allgemeinheit keine ausreichende Aussagekraft.
- Es bestehen erhebliche Bedenken, dass das allgemeine öffentliche Interesse nicht qualifiziert genug für eine Veröffentlichung ist und einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhält.

### 3. Bewertung

Die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten stellt in jedem Fall eine Einschränkung des nach Artikel 14 des Grundgesetzes geschützten Eigentums dar (eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb). Die Einschränkung des Eigentumsrechts muss in jedem Fall den grundgesetzlichen Voraussetzungen genügen. Behördliche Entscheidungen, die einen Eingriff in das Eigentum bewirken, müssen durch Gerichte überprüfbar sein.

Bergbauliche Vorhaben unterliegen langfristigen Planungen, die eine kostenintensive Erkundung neuer, wirtschaftlich gewinnbarer Lagerstätten erfordern. Durch private Investitionen gewonnene Erkenntnisse sind daher u.a. gegenüber Wettbewerbern zu schützen. Das gilt auch für Altdaten, die im Vertrauen auf die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse den staatlichen geologischen Diensten übermittelt wurden. Ohne den hinreichenden Schutz privat erhobener Daten drohen die im öffentlichen Interesse liegenden privaten Investitionen in die Erkundung zurückzugehen.

Es besteht die begründete Besorgnis, dass mit dem vorliegenden GeolDG-E der Ausgleich zwischen den grundgesetzlich geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und der im öffentlichen Interesse stehenden Veröffentlichung





von Geodaten nicht so gelungen ist, dass dieser einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhält.

Die öffentliche Bereitstellung von Geodaten darf nicht zu einem unzulässigen Eingriff in den freien Wettbewerb führen. Es wäre fatal für das Verhältnis zwischen Unternehmen und dem Staat, wenn sich eine bereits durchgeführte und nicht wieder rückgängig zu machende Veröffentlichung von Daten, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, im Nachhinein als verfassungswidrig erweist.

Verfassungswidrige Regelungen zur Veröffentlichung von Geodaten, die für die Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle von Bedeutung sind und im besonderen öffentlichen Interesse liegen, könnten auch diesem Prozess gegebenenfalls zeitlich behindern und der Vertrauenswürdigkeit des Suchprozesses Schaden zufügen.

Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die Regelungen für die öffentliche Bereitstellung von nichtstaatlichen Nachweis- und Fachdaten, die keine Relevanz für staatliche Planungen und Entscheidungen haben, und die Einschränkung des Rechtsschutzes bei der Kategorisierung von geologischen Daten mit dem Ziel zu prüfen, einen geringeren Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentum vorzusehen.

#### 4. Lösungsansatz

Um die öffentliche Bereitstellung und damit den Eingriff in das private Eigentum auf das notwendige Maß zu reduzieren, könnte eine Tiefenbegrenzung eingeführt werden. Nach § 21 des StandAG greifen die Sicherungsvorschriften für in Betracht kommende Standorte für ein Endlager erst ab einer Vorhabentiefe von mehr als 100 Metern. Daher sind Explorationen von oberflächennahen mineralischen Rohstoffen im Hinblick auf die Suche nach einem Standort für ein Endlager in der Regel irrelevant. Die überwiegende Zahl der Bohrungen haben eine Tiefe von nicht mehr als 100 Metern. Für diese könnte eine öffentliche Bereitstellung von Nachweis- und Fachdaten entfallen. Davon sollte die erweiterte öffentliche Bereitstellung geologischer Daten nach § 34 Abs. 1 GeolDG-E unberührt bleiben.



Die Entscheidung der staatlichen Stellen hinsichtlich einer öffentlichen Bereitstellung privat erhobener geologischer Daten bewirkt einen Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentum. Diese Entscheidung muss durch Gerichte überprüfbar sein. Die öffentliche Bereitstellung geologischer Daten kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zur Wahrung der Grundrechte der Betroffenen sollte eine Regelung in § 34 GeolDG-E getroffen werden, dass die Entscheidung zugestellt sowie Widerspruch und Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung behalten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Andreas Tschauder